

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 49 (1969-1970)
Heft: 2

Rubrik: Kommentare und Berichte

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kommentare und Berichte

NEUE KRISE IN PRAG

Die tschechoslowakische Tragödie nimmt weiter den von Moskau vorgezeichneten Lauf. Am 17. April ist auf der Sitzung des ZK-Plenums in Prag der Erste Parteisekretär *Alexander Dubcek*, mit dessen Namen der Reformkurs der Nach-Novotny-Ära verbunden ist, von seinem Posten abgelöst und durch den slowakischen Parteichef *Gustav Husák* ersetzt worden. Der personelle Wechsel an der Parteispitze markiert zwar nur eine Etappe in dem sukzessiven Abbau der «Liberalisierungsmassnahmen», der seit der sowjetischen Invasion vom vergangenen 21. August in der CSSR betrieben worden ist. Die Absetzung Dubceks hat jedoch demonstrativen Charakter: der tschechoslowakischen Bevölkerung soll gezeigt werden, dass der Kreml entschlossen ist, die Prager Politiker, die im Frühjahr und Sommer 1968 dem sowjetischen Druck Widerstand leisteten, nach und nach in den Hintergrund zu drängen und sie schliesslich ganz von der politischen Bühne verschwinden zu lassen.

Vorzeichen

Dubceks Sturz kam nicht unerwartet. Ein Vorsignal, dass die sowjetischen Machthaber planten, die Männer des Reformkurses allmählich auszuschalten, erhielt man bereits um die Jahreswende, als Parlamentspräsident *Josef Smrkovsky* seines Postens enthoben wurde. Damals kam es zu einer scharfen Reaktion der Bevölkerung, die im Freitod des Studenten *Jan Palach* und der von ihm ausgelösten Welle von Selbstverbrennungen kumulierte. Der

sowjetische Druck lockerte sich darauf etwas, aber es war offensichtlich, dass es sich nur um eine befristete Atempause handelte.

Ende März wurde die Schraube wieder stärker angezogen. Die spontanen Demonstrationen in der Tschechoslowakei nach dem Eishockeysieg über die Sowjetunion boten den Anlass, die Prager Führung zu schärferen *Zensurmassnahmen* zu zwingen. Der Überfall auf ein Büro der Aeroflot, dessen Hintergründe bisher nicht aufgehellt werden konnten, gab den Russen Gelegenheit, auf den angeblich gewalttätigen Charakter der antisowjetischen Kundgebungen hinzuweisen und Vorbeugungsmassnahmen zu verlangen. Die Reise Verteidigungsminister *Gretschkos* nach der Tschechoslowakei diente dazu, den sowjetischen Drohungen den nötigen Nachdruck zu verleihen. Gleichzeitig wurde eine wilde Gerütekampagne entfesselt. Dubcek, hiess es, sei nach Moskau gerufen worden; kurz darauf wurde diese Meldung wieder demontiert. Am Vorabend des Prager ZK-Plenums wiederholte sich das Spiel, so dass es schliesslich auch dem Aussenstehenden klar werden musste, wie gefährdet die Position des tschechoslowakischen Parteichefs war. Die am späten Abend des 17. April bekanntgegebene Absetzung Dubceks bildete deshalb keine Überraschung mehr. Eine mögliche Protestreaktion wurde so von vornherein aufgefangen. Trotzdem nahmen die Sicherheitsorgane in den Stunden nach dem Abgang Dubceks zahlreiche *Verhaftungen* vor und führten ausgedehnte *Razzien* durch, um irgendwelche unkontrollierten Demonstrationen schon im Keime zu ersticken.

Neue Taktik der Sowjets

Es ist schon in den Wochen, die der sowjetischen Intervention vom 21. August 1968 folgten, offensichtlich geworden, dass Moskau in der Tschechoslowakei anders vorgeht als gegenüber Ungarn im Herbst 1956. Diese neue Taktik kann jedoch nicht ohne weiteres als Ausdruck grundsätzlich mildester Methoden gegenüber aufsässigen Satellitenstaaten interpretiert werden. Die tschechoslowakischen Reformer haben sich von Anfang an vorsichtiger verhalten als Imre Nagy im Oktober 1956. Dubcek hat mit Umsicht alles vermieden, was die Sowjets zu rigorosen Gegenmassnahmen hätte provozieren können. Damit ist zwar der Einmarsch nicht verhindert worden, aber den Machthabern im Kreml war doch die Möglichkeit offen geblieben, mit dem Reformerkreis zu verhandeln und schliesslich Dubcek und seine Gruppe – nachdem ihr durch Verhaftung und Deportation nach Moskau ein gehöriger Denkzettel verabreicht worden war – wieder in ihre Ämter einzusetzen. Moskau hielt sich damit die Möglichkeit offen, die Reformer zu Bütteln seiner Unterdrückungspolitik zu machen und sie damit in den Augen der Bevölkerung zu diskreditieren oder sie einzeln, einen nach dem andern, kaltzustellen. Im Falle Smrkovskys und Dubceks haben die Sowjets den zweiten Weg gewählt, und zwar in Form einer *stufenweisen Degradierung*: Smrkovsky blieb nach seinem Ausscheiden als Parlamentspräsident im Januar vorläufig noch in der Parteiführung; Dubceks Ablösung bot nun Gelegenheit, Smrkovsky völlig auszuschalten. Dubcek selber ist Mitglied des Parteipräsidiums geblieben und wird sogar zum Parlamentsvorsitzenden vorgeschlagen; es ist nicht ausgeschlossen, dass in einer späteren Etappe der Rückführung der CSSR in den Pferch des «sozialistischen Commonwealth» Dubcek endgültig aus den Führungsgremien verschwindet.

Husaks Doppelgesicht

Eine undurchsichtige Rolle spielte in den letzten Monaten der neue Parteisekretär

Gustav Husak. Als *Opfer des Stalinismus* hat er zweifellos wenig Sympathien für die im Januar 1968 gestürzte Novotny-Clique, und er hat in seiner engeren Heimat, der Slowakei, bei den personellen Umbesetzungen der letzten Monate die Anhänger Novotnys aus den Schlüsselpositionen verdrängt. Auch dem massiven Druck der Sowjets gegenüber hat er sich stets standhaft gezeigt. Andererseits führte er gleichzeitig einen scharfen Kampf gegen Dubcek und dessen Reformkurs und bot sich deshalb Moskau als geradezu ideale Alternative zu Dubcek an.

Die Sowjetunion ist damit ihrem bisherigen vorsichtigen Kurs in der Tschechoslowakei treu geblieben, dem Land keine extremen Lösungen aufzuzwingen. Leute, die der Linie Moskaus viel näher stehen als Husak – so zum Beispiel *Lubomir Strougal* – wären zur Verfügung gewesen. Die Russen haben darauf verzichtet, diese Politiker in den Vordergrund zu schieben. Möglicherweise sparen sie sie für eine spätere Gelegenheit auf; vielleicht hofft Moskau aber auch darauf, Husak werde die CSSR in einer Weise führen wie *Gomulka* es mit Polen tat, dessen Weg vom hoffnungsvollen Höhenflug des Oktobers 1956 schliesslich zum doktrinären Dogmatismus zurückführte.

Neue Spannungen im Fernen Osten

Obwohl sich der chinesisch-sowjetische Konflikt in den letzten Wochen etwas entspannt hat, bleibt die Lage im Fernen Osten weiterhin unsicher. Mitte April spitzte sie sich vorübergehend sogar zu, als die Nordkoreaner über dem Japanischen Meer ein amerikanisches Aufklärungsflugzeug abschossen. Nach amerikanischer Darstellung hat sich der Zwischenfall weit ausserhalb der nordkoreanischen Hoheitszone ereignet. In den Vereinigten Staaten wurden unliebsame Erinnerungen an die Aufbringung des Erkundungsschiffes «Pueblo» geweckt, das im Januar 1968 von den Nordkoreanern gekapert worden ist. Das Trauma der «Pueblo»-Affäre belastet Amerika noch immer, und einen Augen-

blick lag die Vermutung nahe, die USA würden mit einem Vergeltungsschlag reagieren, der die latenten Spannungen im Fernen Osten automatisch akut verschärft hätte.

Präsident Nixon hat jedoch von einem solchen spektakulären Schritt abgesehen und sich mit einer massiven Drohung an die Adresse Nordkoreas begnügt und angekündigt, die Vereinigten Staaten setzten trotz dem Zwischenfall ihre Aufklärungsflüge weiter fort. Dass es kaum zu einer harten Konfrontation kommen würde, war vorauszusehen gewesen. Staatssekretär Rogers erster Kommentar klang sehr zurückhaltend. An der Suche nach Überlebenden des abgeschossenen amerikanischen Militärflugzeuges beteiligten sich neben Einheiten der US-Flotte überraschenderweise auch *sowjetische Schiffe*. Diese gemeinsame russisch-amerikanische Aktion war ein bezeichnendes Symptom für die augenblicklichen Beziehungen zwischen Moskau und Washington. Die beiden Grossmächte befinden sich noch immer im Vorfeld der von der neuen Administration angekündigten Kontaktversuche. Nixon möchte in der gegenwärtigen *Anlaufphase* seiner Amtszeit nichts unternehmen, was die von ihm angestrebte Entspannungspolitik von vornherein belasten könnte. Auf der Suche nach einer profilierten Aussenpolitik möchte der Präsident zunächst erst tastend vorgehen und Anfangspannen vermeiden. Amerikas Kurs ist deshalb auf Abwarten und Zurückhaltung abgestimmt, und es scheint, dass der Kreml diese Haltung vorläufig respektiert und die Lage zumindest an jenen *Nahtstellen* der internationalen Politik nicht kompliziert, wo die Interessensphären der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion direkt zusammenstoßen.

Viermächtevermittlung im Nahostkonflikt

Tastende Kontakte charakterisieren auch das Verhalten der Grossmächte in der *Nahostfrage*. Nach langer Verzögerung sind in New York die Grossen Vier auf Botschafterebene zusammengetreten, um Lösungsmöglichkeiten im israelisch-ara-

bischen Konflikt zu suchen. Ihre Bemühungen sind vorläufig noch kaum über das Anfangsstadium hinausgediehen. Zweifellos sind die Chancen für ein Scheitern grösser als die Erfolgssäussichten. Das Ende der Mission des schwedischen Diplomaten *Gunnar Jarring*, der sich seit Ende 1967 vergeblich darum bemüht hatte, eine Annäherung der beiden Konfliktparteien herbeizuführen, ist ein wenig ermutigendes Vorzeichen für die Viererverhandlungen in New York.

Während die vier Botschafter in New York eine Kompromissformel suchen, dauert im Nahen Osten der *Kleinkrieg* weiter. Täglich wird die Waffenruhe verletzt, sei es durch Schiessereien im Jordantal, durch Artillerieduelle längs des Suezkanals oder durch Infiltration von Gruppen der «Al-Fatah»-Organisation nach Israel und den besetzten Gebieten. Die gesteigerte arabische Aktivität dient zweifellos als Geräuschkulisse für die New Yorker Gespräche: den Grossmächten soll demonstriert werden, wie explosiv die Lage im Nahen Osten nach wie vor ist.

Weiter erschwert wird die Vermittlungsaktion durch die am Konflikt unmittelbar beteiligten Parteien. Israel, das in der Vergangenheit mit Interventionen der Grossmächte schlechte Erfahrungen gemacht hat, drängt deshalb nach wie vor auf *direkte Verhandlungen* mit den Arabern und lehnt jede von aussen her aufzutroyierte Lösung von vornherein ab. Die Araber wiederum können sich nicht auf eine gemeinsame Linie ihrer Aussenpolitik einigen. Allen verbalen Manifestationen zum Trotz ist die arabische Welt heute zerriessener denn je. Eine Lösung des Konflikts wird dadurch nicht erleichtert. Das labile Gleichgewicht, wie es sich nach dem Sechstagekrieg vom Juni 1967 herausgebildet hat, bleibt deshalb weiter bestehen – mit allen Belastungen für den Weltfrieden, die sich aus einer solchen prekären Situation in einem Gebiet ergeben, in dem sich die politischen, wirtschaftlichen und strategischen Interessen so stark überschneiden wie im Nahen Osten.

Fabius

DIE UNGARISCHE VOLKSARMEE UND DIE MILITÄRPOLITISCHE LAGE UNGARNS

Der ungarische Volksaufstand und der Freiheitskampf 1956 haben sich auf die ungarische Wehrpolitik entscheidend ausgewirkt. Die damalige, überdimensionierte ungarische Volksarmee mit ihren 9 Divisionen hatte total versagt: Sie stellte sich dem Aufstand zur Verfügung und bekämpfte die schon seit Jahren dort stationierten russischen Verbände, sofern sich diese, die doch das Volk und Leben Ungarns an Ort und Stelle kennengelernt hatten, nicht passiv verhielten. Einzig das Infanterieregiment Nr. 36 stellte sich geschlossen auf die Seite der Kommunisten, wie selbstverständlich auch alle Bataillone der politischen Terrortruppe (AVH), dieser privilegierten «Truppe prätorianischer Prägung in kommunistischer Ausgabe», die alles zu verlieren hatten und so, um ihr nacktes Leben zu retten, bis zum letzten kämpfen mussten.

Die Russen haben dann die ungarische Volksarmee bis auf einige repräsentative Einheiten noch im November 1956 aufgelöst und kurzerhand auseinandergejagt. Das ungarische Offizierskorps wurde rücksichtslos gesäubert. Auch Offiziere proletarischer Herkunft wurden zu Hunderten entlassen. Kommandanten, die die Entwicklungen des Aufstandes untätig und unschlüssig abgewartet hatten, wurden zu Kerkerstrafen verurteilt.

Ungarns militärpolitische Lage nach dem Volksaufstand

Für den Kreml ist Ungarn, geostategisch betrachtet, ein überaus wichtiger Raum. Es dient als russischer Aufmarschraum für alle möglichen Operationen entlang der Donau gegen Westen, ferner nach Südwesten gegen Italien und Südfrankreich, und schliesslich kann von hier aus auch der Balkan in Schach gehalten werden. Der klassisch-historische Weg auf den Balkan führt aus dem ungarischen Raum hinaus über Belgrad, dann entlang der Flüsse

Morawa und Vardar nach Saloniki. Außerdem bietet Ungarn der Sowjetarmee sehr wichtige Luftstützpunkte und Abschussbasen für Mittelstreckenraketen. Mit einem Wort gilt Ungarn als Sprungbrett für jede sowjetische operative Planung in Richtung auf Südwest-Europa.

Dies erklärt, weshalb die Sowjets nach der Räumung Österreichs im Oktober 1955 ihre Truppen aus Ungarn entgegen früheren vertraglichen Bestimmungen nicht abgezogen haben. War bis dahin der Unterhalt sowjetischer Garnisonen in Ungarn mit der Sicherung der Verbindungslien zwischen der Sowjetunion und den in Österreich stationierten sowjetischen Besatzungstruppen begründet und der UdSSR vertraglich zugesichert, so wurden die Sowjettruppen auf Antrag der ungarischen Regierung nach 1955 als «Lehr- und Übungstruppen» in Ungarn belassen. Im Jahr 1957 wurde dann zwischen Budapest und Moskau im Rahmen des Warschaupakts ein Abkommen über die «vorübergehende Stationierung sowjetischer Truppen in Ungarn» abgeschlossen. Dieser Vertrag ist weder befristet, noch sind Zahl und Stärke der sowjetischen Garnisonen darin festgelegt.

Ungarn befindet sich seit Oktober 1955 im vordersten Treffen des Ostblocks und hat einen direkten Grenzanschluss an den Westen, wobei die Neutralitätserklärung Österreichs nicht wesentlich ist. Die Normalisierung der Beziehungen zwischen Moskau und Belgrad seit dem Tode Stalins bedeutet für die Ungarische Volksrepublik eine Entlastung ihrer Südgrenze.

Aufbau, Gliederung, Bewaffnung der ungarischen Volksarmee

Nach der Revolution von 1956 galt es eine eher kleinere, aber unter allen Umständen verlässliche und bestausgerüstete, vollmotorisierte Armee zu schaffen, die innert weniger Stunden operationsbereit ist. Um

den Militärdienst schmackhafter zu machen, wurde dem nationalen Charakter der Volksarmee Rechnung getragen, indem man die früheren Rangabzeichen der königlichen *Honvéd* wieder einführte, und die Offiziere und Unteroffiziere wurden nicht mehr mit «Genosse», sondern wieder mit «Herr» angeredet. Von den Berufsoffizieranwärtern wurde eine abgeschlossene Mittelschulbildung mit Reifeprüfung verlangt. Die gesellschaftliche Stellung der Offiziere wurde gehoben, die Stellung und der Wirkungskreis der Polit-Offiziere stark eingeschränkt. Polit-Offiziere gibt es nur vom Bataillonskommando aufwärts, als Berater und Hilfsorgane diesen Kommandanten zugeteilt. Die politische Erziehung der Truppe ist die Aufgabe aller Kommandanten, die aber auch für die politische Verlässlichkeit ihrer Truppen verantwortlich sind.

Höchster militärischer Vorgesetzter und effektiver Befehlshaber der ungarischen Volksarmee ist der Verteidigungsminister, derzeit Generaloberst *Czinege*, der gleichzeitig die Stellung eines stellvertretenden Oberbefehlshabers des Warschaupakt-Oberkommandos innehat.

Die bewaffnete Macht Ungarns setzt sich zusammen: 1. aus dem *Heer* (Boden-truppen, Luft- und Flussstreitkräfte) unter der Führung des Verteidigungsministers und 2. aus den *Ordnungstruppen* (Grenzwache und Truppen der inneren Sicherheit), die dem Innenminister unterstellt sind.

An *Boden-truppen* verfügt Ungarn über 5 motorisierte Schützen- und 1 Panzerdivision als operative Einheiten. Dazu kommen noch 2 Brigaden Heeresartillerie, 4 Brigaden Flab sowie 2 technische Brigaden der Heerespioniere. Schliesslich gibt es einige Sturm-Bataillone (russisch «Djessant») und Fallschirmbataillone, die keinem Divisionsverband angehören. Die Stärke der Bodentruppen beläuft sich auf etwa 85000 Mann.

Die Panzerdivision verfügt über 250, die motorisierten Schützendenisionen über je 50 Panzerkampfwagen der Typen T-54, JS. Im grossen und ganzen verfügt die

ungarische Volksarmee über etwa 500 Panzerkampfwagen und Sturmgeschütze. Die Artillerie der operativen Heereinheiten besitzt 122-mm-Haubitzen und 120-mm-Granatwerfer. Die schwereren Kaliber 152 und 230 mm sowie Granatwerfer 160 mm und Raketenwerfer («Katjuscha») bilden die Bewaffnung der Heeresartillerie-Brigaden. Die Flab ist auch mit Boden-Luft-Raketen ausgerüstet. Im Unterschied zur «alten» Volksarmee vor 1956, als nur eines der Regimenter in den Schützendivisionen motorisiert und die Artillerie teilweise noch bespannt war, ist die heutige Volksarmee vollmotorisiert und daher sehr beweglich. Truppenkonzentrationen können dank der verhältnismässig geringen Ausdehnung des Landes schnell und überraschend durchgeführt werden.

Die ungarischen *Luftstreitkräfte* besitzen etwa 200 einsatzfähige, modernste MIG-21- und TU-Kampfflugzeuge und verfügen über eine Bemannung von rund 12000 Mann. Ausserdem sind Hubschrauber-, Aufklärungs- und Transportfliegerstaffeln sowie Fliegerhorst- und Luftwaffenfernmeldebataillone vorhanden.

Die *Flussstreitkräfte* haben ihren Kriegshafen in Budapest und verfügen auf der Donau und der Theiss über mehrere Kanonen- und gepanzerte Schnellboote, dann über Minenlege- und Minenräumboote.

Alles in allem beläuft sich die Gesamtstärke der ungarischen Volksarmee auf etwa 100000 Mann.

Die dem *Innenminister* unterstelle *Grenzwache* besteht aus 11 Grenzwachbezirken (Brigaden) in einer Stärke von rund 35000 Mann. Die militärischen Grenzschutzfragen gehören aber in die Kompetenz des Verteidigungsministers, beziehungsweise der höheren Kommanden der Volksarmee. Die Grenzwachbrigaden bestehen aus 3 bis 4 Bataillonen, von welchen eines als Reserve ausgeschieden ist. Der Schwerpunkt der Grenzbewachung liegt an der österreichischen Grenze. Hier entfällt auf je 8 bis 10 km Grenze eine Kompagnie. Die Grenzwache verfügt über alle schweren Infanteriewaffen, und die Kasernen sind zur Selbstverteidigung eingerichtet.

Der *Eiserne Vorhang* ist nur auf der ungarisch-österreichischen Grenze mit allen Schikanen der modernen Menschenjagd ausgebaut. Alle übrigen Grenzen werden auf ungarischer Seite nur mit Streifen bewacht. Die Russen ihrerseits haben jedoch im «Karpathenland» (Podkarpadska Russ) mit den Städten Ungvár (Uzgorod), Munkács (Munkacevo) usw., das nach dem Zweiten Weltkrieg von Ungarn abermals abgetrennt und von der CSSR an Moskau verschenkt worden ist, einen starken Eisernen Vorhang errichtet.

Die 8 Regimenter der «*Inneren Sicherheit*» entsprechen der früheren berüchtigten AVH-Terrortruppe. Sie sind mit schweren Waffen und Panzerwagen ausgerüstet und haben eine Stärke von 20000 Mann. Dem Innenminister stehen daher 55000 Mann zur Verfügung, nicht eingerechnet die etwa 40000 Mann starke, uniformierte *Ordnungspolizei*. Dass diese Verbände politisch stark indoktriniert sind, versteht sich von selbst.

In Ungarn stehen somit bei 10,5 Millionen Einwohnern rund 200000 Mann in Waffen. Die bewaffneten Kräfte des Verteidigungs- und des Innenministers sind etwa gleich stark und kontrollieren einander. Dies entspricht der Praxis aller Diktaturen, in denen niemals sämtliche bewaffnete Kräfte des Staates einem einzigen Mann überantwortet werden dürfen. Keine der beiden Organisationen ist daher imstande, gegen das Regime zu «putschen».

Führung, Ausrüstung, Budget

Die Ausbildung der Berufsoffiziersanwärter erfolgt nach der Reifeprüfung und dauert 3 Jahre plus ein vorgängig bei der Truppe abzudienendes Jahr. Für die Generalstabs- und höhere Truppenführerausbildung ist die «Zrinyi-Militärakademie» in Budapest zuständig, für die Ausbildung der Polit-Offiziere die «Petöfi-Akademie».

Man kann sagen, dass gegenwärtig die Offiziere fachlich gut ausgebildet sind. Die Ausbildung der Truppen ist, wie dies auch für die anderen Satelliten-Armeen gilt, je-

ner der Sowjetarmee angeglichen. Diese Einheitlichkeit erreicht man durch Kommandierung ungarischer Offiziere zu Fachkursen nach der Sowjetunion, zu Truppenübungen und zu Stagen in Sowjetverbänden. Um vorwärtszukommen, muss der ungarische Offizier die russische Sprache gut beherrschen. Da Geräte, Ausrüstung, Bewaffnung der ungarischen Volksarmee russischer Provenienz sind, erfolgt die Ausbildung nach russischen taktischen Grundsätzen und Richtlinien. Die Truppenausbildung ist überaus praktisch und zweckentsprechend.

Der Dienst in der ungarischen Volksarmee wird streng gehandhabt, und es wird eine strenge Manneszucht verlangt. Der Dienst dauert von der Tagwache bis zum Zapfenstreich. Die Kaserne darf nur mit Erlaubnis verlassen werden. Urlaub gibt es nur bei Sterbefällen in der Familie. Bei jeder Witterung wird schonungslos ausgerückt, und auch im Winter wird feldmäßig biwakiert. Bei den feldmässigen Scharfschiessübungen gemischter Verbände mit Artillerie, Panzern und Fliegern scheut man sich nicht, selbst blutige Verluste in Kauf zu nehmen. Oft halten die in Ungarn stationierten Sowjettruppen mit Verbänden der ungarischen Volksarmee gemeinsame Manöver ab.

Da die Offiziere alle einen guten «komunistischen Kader» besitzen, ist die Bedeutung der Polit-Offiziere in den Hintergrund getreten. Deren Hauptaufgabe besteht in der Kontrolle der Offiziere und des Dienstganges in politischer Hinsicht. Es gibt keine Soldatenräte in den Einheiten, dafür aber Vertrauensleute der Polit-Offiziere.

Das ungarische Staatsbudget für das Jahr 1969 von 156 Mia. Forint sieht für das Verteidigungsministerium Ausgaben von 12,5 Mia. Forint (8%) vor. Hiebei sind nicht eingerechnet die Ausgaben der «*Inneren Sicherheit*» des Innenministeriums, die weitere 6 Mia. Forint (3,9%) des Staatshaushaltes in Anspruch nehmen. Für die gesamten bewaffneten Kräfte sind also rund 18 Mia. Forint, das heisst 360 Mio. Dollar vorgesehen.

Die Sowjettruppen in Ungarn

Ungarn ist seit 1945 ein von den Russen besetztes Land, dessen Souveränität nicht unwesentlich eingeschränkt ist. Seit 1956 stationieren nicht 3, sondern 5 bis 6 russische Divisionen, das heißt der ungarischen Volksarmee gleich starke, aber an Feuerkraft überlegene russische Truppen im Lande. Mit ihren 800 Panzern können sie die ungarische Volksarmee unter allen Umständen unter Kontrolle halten. Das Oberkommando der russischen Besatzungstruppen befindet sich in Tököl auf der Donau-Insel von Csepel, etwa 20 km südlich von Budapest. Die russischen Truppen stehen mit ihrer Masse im Westen des Landes, im Raum Pápa, Hajmáskér, Komárom; ihr westlichster Stützpunkt ist das nur 15 km von der österreichischen Grenze entfernt gelegene Szombathely (Steinamanger). Budapest selbst ist von russischen Truppen völlig umzingelt, doch sind die Verbände auf die Gebiete von Tököl, Piliscsaba, Orkény usw. konzentriert und treten so kaum in Erscheinung. Darüber hinaus halten die Sowjets die Flugplätze von Pápa, Veszprém-Jutas, Székesfehérvár, Kaposvár-Taszár, Tököl, Kiskunlaczáza, Szolnok, Kecskemét, Kunmadaras, Debrecen, Nyíregyháza, Mezőkövesd mit etwa 800 Flugzeugen besetzt. Ungarn ist somit in seiner ganzen Tiefe und Breite von den Russen besetzt. Ungarn wurde in das moderne Luftwarnungs- und Melde- system der Mächte des Warschaupakts integriert. Zur Überwachung des ungarischen Luftraumes stehen auf den meisten Flugplätzen für luftpolizeilichen Einsatz russische und ungarische Düsenjäger einsatzbereit.

Die ungarische Armee am 21. August 1968

Als Mitglied des Warschaupakts hat Ungarn am 21. August 1968 am Einmarsch in die CSSR teilgenommen. Die beiden ungarischen motorisierten Schützendivisionen operierten im Verbande einer aus 4 Sowjetdivisionen gebildeten Sowjetarmee,

welche die vorwiegend von der ungarischen Volksgruppe bewohnte südliche Slowakei zwischen Pressburg und Kaschau zu besetzen hatte. Der Einmarsch erfolgte ohne Zwischenfälle, wobei die ungarischen Truppen unter anderem bis Nyitra vorgerückt und von dort Ende Oktober nach Ungarn zurückgekehrt sind.

Offenbar hatten die Marschälle Gertschko und Jakubowski kaum sehr viel Vertrauen zur ungarischen Volksarmee, denn sie ließen deren Divisionen – wie übrigens auch die ostdeutschen Truppen – beim Einmarsch in die CSSR nur im Verbande einer Sowjetarmee einsetzen. Anders verhielt es sich mit den Polen, deren Armee geschlossen von Norden nach Pardubitz (Olmütz) geführt wurde. Die ungarische Volksarmee hat aber beim Einmarsch ihre Bewährungsprobe bestanden, und in den Augen Moskaus scheint sie ihre Sünden von 1956 einigermaßen wiedergutmacht zu haben. Ihre Bedeutung dürfte in der operativen Planung Moskaus – nachdem jetzt die 14 Divisionen der tschechoslowakischen Volksarmee vorläufig abgeschrieben werden müssen – gestiegen sein.

Die reibungslose, überraschend durchgeführte Bereitstellung und der schlagartige Einmarsch von Heereskörpern von fünf verschiedenen Mächten ist ein Beweis für die straffe und überlegene Führung des Warschauer-Pakt-Kommandos, welches verstanden hat, diese komplizierten Operationen zur Erde und in der Luft wie auch Luftlandungen im grossen Stil aufeinander abzustimmen, zu koordinieren.

Ungarn – Brennpunkt der Sowjetstrategie

Ungarn grenzt unmittelbar an den Westen, und die Wege nach dem Balkan und nach Rumänien führen durch sein Gebiet. Die ungarische Westgrenze bei Szentgottthárd bedeutet eine Trennungslinie zwischen zwei einander scharf entgegengesetzten Ideologien und Gesellschaftsordnungen.

Um den Balkan zu kontrollieren, muss man das Zentralgebiet des Karpaten-

beckens, das ungarische Tiefland, im Besitz haben. Moskau hat dies schon vor 1945 erkannt, und deshalb ist man dort seither entschlossen, diesen wichtigen Raum fest im Griff zu behalten. Da Moskau die ungarische Volksarmee für diese Aufgabe aus politischen und völkischen Gründen schon seit 1945 als ungeeignet betrachtete – was dann ja der ungarische Aufstand von 1956 nur bestätigt hat –, wurden in Ungarn noch stärkere sowjetische Garnisonen eingerichtet. In Ungarn stehen derzeit neben den 6 ungarischen auch 6 sowjetische Divisionen und eine sehr starke Luftflotte zur Verfügung Moskaus, welche außerdem noch durch 3 im Karpatenland stationierte Sowjetdivisionen, die binnen 48 Stunden die ungarische Westgrenze zu erreichen vermögen, verstärkt werden können.

Die insgesamt 15 Divisionen kämen für einen politischen Einsatz zur Massregelung *Rumäniens* im Sinne des Warschaupakts und des Dresdener Abkommens von 1968 bei gleichzeitigem Einmarsch weiterer Sowjetkräfte aus Bessarabien in die Moldau in Betracht. Aber auch *Jugoslawien* kann mit diesen Truppen auf die sowjetische Präsenz im Donauraum aufmerksam gemacht werden. Auch für einen Einsatz gegen *Österreich* kämen diese Kräfte in Frage, falls dessen Neutralität von einer dritten Macht verletzt oder bedroht würde.

In den Tagen kurz vor dem 21. August 1968 wurden in Prag der rumänische Staats- und Parteichef Ceausescu und der jugoslawische Staatschef Tito von der Bevölkerung auffallend, ja sogar triumphal empfangen.

Es schien, als ob es zur Wiedergeburt der Kleinen Entente gekommen wäre, deren Spitze sich aber nicht gegen die nationalen Bestrebungen Ungarns, wie es zwischen den beiden Weltkriegen der Fall gewesen war, sondern gegen die Vorherrschaft Moskaus und der übrigen Warschaupakt-Mächte gerichtet hätte. Es kann kaum bezweifelt werden, dass eine solche politische Konstellation János Kádárs Ungarn in politischer, wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht in eine isolierte Lage gebracht haben würde und möglicherweise den Reformisten in Budapest zur Machtübernahme verholfen hätte. Dass sich in solchen Verhältnissen die kommunistische Orthodoxie auch in Bulgarien kaum sehr lange hätte halten können, liegt wohl auf der Hand. Wie immer auch die Lage sich künftig gestalten mag – man muss damit rechnen, dass Moskau Ungarn auch weiterhin nicht nur aus militärischen, sondern auch aus politischen Überlegungen zur Stützung des kommunistischen Regimes Kádárs besetzt halten wird.

Übrigens halten die Sowjets die Länder Osteuropas nicht nur um ihrer eigenen Sicherheit willen mit so starken Kräften besetzt. Die Sowjettruppen in den Satellitenländern wie neuestens auch die Rote Flotte im Mittelmeer dienen auch einer weitere Ziele anvisierenden Erpressungspolitik: Um einen wirksamen Druck auf den Westen auszuüben, sind die Räume, von welchen aus dieser Druck zur Geltung gebracht werden kann, von entscheidender Bedeutung.

Hungaricus

INNENPOLITISCHE RUNDSCHAU

Tschechische Wimpel

Noch immer tragen ungezählte Autos in unserem Lande blau-weiss-rote Tschechenwimpel. Aber diese Zeichen der Sympathie für ein tapferes kleines Volk nehmen sich immer trauriger und vereinsamter aus in

unserer hektischen Welt der unvermindert weiterflorierenden Wohlstandsgesellschaft. Dubceks Abgang von der obersten Parteispitze löste in der dritten Aprilwoche kaum noch spontane öffentliche Reaktionen aus. War es nicht ein Wunder, dass er sich überhaupt nur so lange halten kön-

nen? War es nicht längst vorauszusehen, dass er bei passender Gelegenheit gezwungen werde, das Feld endgültig zu räumen, um auf einen weniger einflussreichen Posten abgeschoben zu werden?

Trotz dieser allgemeinen Resignation vor der Zwangsläufigkeit östlicher Zustände dürfte sich der bulgarische Kommunistenführer Schiwkoff täuschen, wenn er in den Tagen der jüngsten Prager Krise selbstbewusst erklärte, der Einmarsch der «Verbündeten» in die Tschechoslowakei werde als grosse Tat zur Rettung einer guten Sache in die Geschichte eingehen. Kein Zweifel, die Tat *wird* in die historischen Annalen eingehen – aber nicht als schöpferische Leistung auf dem Weg zu einer besseren Welt, sondern als niederträchtige Erpressung eines Volkes, das sich anschickte, die stickige Luft seines politischen Systems durch bescheidene Liberalisierungen behutsam zu erneuern und damit das Leben lebenswerter zu gestalten.

Schweizerische Präsenz in Rumänien

Der Zufall wollte es, dass der vorläufig letzte Akt des tschechischen Dramas mit einem Besuch unseres Aussenministers, Bundesrat Spühler, in Rumänien zusammenfiel. Noch vor wenigen Jahren wären unter solchen Umständen in der Öffentlichkeit Vorbehalte angemeldet worden. Doch das Klima hat sich gewandelt. Ostkontakte stehen heute nicht mehr *grundätzlich* in Frage; zur Diskussion stehen nur noch Art und Ausmass. Und in dieser Sicht erscheint die Reise unseres Aussenministers nicht als unangebracht. Man ist sogar versucht zu sagen: im Gegenteil.

Ostkontakte erscheinen als besonders sinnvoll, wenn sie osteuropäische Kleinstaaten betreffen. Es zeigt sich immer wieder, wie sehr diese Völker danach dürsten, die geistige Verbindung mit Westeuropa aufrechtzuerhalten oder wieder aufzunehmen. Deshalb sollte es auch das Ziel unserer kulturellen Aussenpolitik sein, die beschränkten Mittel vor allem in diesem Raum einzusetzen. Dabei lässt sich nicht übersehen, dass eine solche Aktivität letz-

ten Endes nicht ohne stillschweigende Tolerierung durch den Kreml möglich ist. Wenn also der kürzlich eröffneten Schweizer Industrieausstellung in Bukarest eine solche in Moskau vorausgegangen war, so ist dies bestimmt kein Zufall! Die Sowjetunion hat im letzten Jahr bewiesen, dass sie zwar nicht mehr die unbestrittene Zentrale des Weltkommunismus verkörpert, dass sie aber doch in Osteuropa das Zepter weiterhin nicht aus der Hand zu geben bereit ist.

Rumänien ist das erste kommunistische Land, das von einem schweizerischen Aussenminister besucht wird. Auch wenn das Bundeshaus betonte, dass es sich nicht um einen offiziellen Staatsbesuch handle, und obwohl gleichzeitig darauf verwiesen werden kann, dass diesem Besuch Schweizerreisen des rumänischen Ministerpräsidenten Maurer im Jahre 1966 und später des Aussenministers sowie des Energieministers vorausgegangen waren, wird diese Tatsache in einem Lande, das sich auf ständiger aussenpolitischer Gratwanderung befindet, ohne Zweifel mit Genugtuung registriert werden. Im Hinblick auf die relative Unabhängigkeit Rumäniens dürften die Bukarester Informationsgespräche Bundesrat Spühlers auch für unseren Aussenminister von einiger Ergebnißigkeit gewesen sein.

Die Schweizer Industrieschau mit ihren 130 Ausstellern dokumentiert die schweizerischen Handelsinteressen in Rumänien, die in den letzten Jahren verhältnismässig stark zunahmen. Machten die schweizerischen Exporte 1965 noch einen Wert von 35,2 Mio. Franken aus, so stiegen sie 1968 auf 97,5 Mio. Franken. Demgegenüber blieben die rumänischen Exporte in unser Land fast stationär (23,8 resp. 25,3 Mio. Franken). Dieser Sachverhalt ist symptomatisch. Abgesehen von Rohprodukten haben die osteuropäischen Staaten verhältnismässig wenig Erzeugnisse anzubieten, die qualitativ den westlichen Ansprüchen genügen. All die idealisierenden kommunistischen Parolen von der «volksdemokratischen» Wirtschaftsordnung ändern nichts an deren beschränkter Leistungsfähigkeit.

Diplomatische Bewegung

Auf aussenpolitischem Gebiet war in der Berichtsperiode auch sonst recht viel Bewegung. Bundesrat Celio reiste nach Mailand, um an der Fünfzigjahrfeier der Schweizerischen Handelskammer in Italien ein Referat zu halten. Bei aller Konzilianz nahm er dabei kein Blatt vor den Mund und legte den Finger insbesondere auf die Unterschiede der integrationspolitischen Auffassungen, bei denen Italien auf einer Route marschiert, die unserem Lande wenig verheissungsvoll erscheint. Es ist anzunehmen, dass Bundesrat Celio den Faden im persönlichen Gespräch mit dem ebenfalls anwesenden italienischen Finanzminister noch weitergesponnen hat.

Eine eigentliche Sensation bildete die Meldung, wonach Papst Paul VI. Anfang Juni für einen Tag in unser Land kommen werde. Der Besuch gilt allerdings nicht der Schweiz, sondern zwei internationalen Organisationen, die in Genf domiziliert sind: dem Internationalen Arbeitsamt in erster, dem Weltkirchenrat sodann in zweiter Linie. Er stellt aber in jedem Fall ein bedeutungsvolles Grossereignis für unser Land und insbesondere für seinen katholischen Bevölkerungsteil dar.

Endlich zu einem Abschluss sind in der dritten Aprilwoche die Verhandlungen mit Liechtenstein in der leidigen Waffenplatzfrage gekommen. Für die Schweiz standen Ausbildungsmöglichkeiten unserer Armee auf dem Spiel, an denen ohnehin kein Überfluss herrscht. Für unser kleines Nachbarland ging es darum, Gefährdungen vor allem des Dorfes Balzers durch Geschosse der Festungsartillerie endgültig aus der Welt zu schaffen. Es ist nun offensichtlich gelungen, einen beidseits befriedigenden Kompromiss zu erzielen.

In Bern war im April der schwedische Ministerpräsident Erlander zu Gast. Zwei Arbeitssitzungen waren einem Tour d'horizon gewidmet. Kernpunkt bildete dabei die europäische Integrationspolitik; ferner kamen Koordinationsprobleme der beiden Neutralen zur Sprache. Der Besuch bildete die organische Fortsetzung früherer Kon-

takte auf Regierungsebene, deren Festigung ohne Zweifel im Interesse beider Länder liegt.

Des Registrierens wert ist schliesslich, dass die amerikanische Regierung einen neuen Botschafter für Bern bestimmt hat. John S. Hayes, der in den Ruhestand tritt, wird durch den Finanzmann und früheren Journalisten Shelby Cullom Davis abgelöst. Damit scheint wiederum eine qualifizierte Persönlichkeit in der amerikanischen Botschaft Einzug zu halten. Das ist nicht unbedingt eine Selbstverständlichkeit. Es gab Zeiten, da Bern die bevorzugte Pfründe für ehrgeizige Wahlhelfer neuer Präsidenten zu sein schien, für Persönlichkeiten also, deren anderweitige Verdienste und Kenntnisse jeweils nicht gerade auf diplomatisches Spitzenformat schliessen liessen. Zwar haben die schweizerischen Beziehungen zu den USA dadurch kaum ernstlich gelitten. Es ist aber trotzdem beruhigend, zu sehen, dass von der neuen Administration nicht alte Gewohnheiten wiederaufgegriffen worden sind.

Vor einem neuen «heissen Sommer»?

Auch hierzulande, nicht nur in den umliegenden Staaten, wird immer wieder die Frage laut, wie weit die studentische Jugend und mit ihr weitere jugendliche Schichten in nächster Zeit wiederum auf die «Strasse» gehen und damit erneut einen «heissen Sommer» heraufbeschwören werden. Ereignisse in Genf und Bern deuten darauf hin, dass man auf einiges gefasst sein muss.

In Genf erfolgte der Semesterbeginn unter heftigen Beigeräuschen. Eine studentische Organisation deponierte eine scharfe Kritik am Rektor. Dieser hatte sich kurz vor Semesteranfang zu einer tieferen Reform der Universität an Haupt und Gliedern bekannt, warnte aber gleichzeitig die Studenten davor, die Dinge auf die Spitze zu treiben, da sonst mit staatlichen Interventionen geantwortet werden müsste. Es scheint indessen, dass die Extremisten unter den Studenten entschlossen sind, weiterhin für «Betrieb» zu sorgen.

Extremistische Gruppen waren es offensichtlich auch in *Bern*, die am 19. April auf dem Bahnhofplatz die Initiative an sich zu reissen suchten, als gegen einen als «Frühlingsfest» getarnten Empfang der griechischen Botschaft aus Anlass des zweijährigen Bestehens des Militärregimes in Griechenland demonstriert wurde. Jedenfalls sah sich eine studentische Organisation veranlasst, auf ihre amtlich bewilligte Demonstration zu verzichten, weil ihr zu Ohren gekommen war, dass Agitatoren extremistischer Tendenz, die zum Teil aus Zürich stammten, entschlossen Vorbereitungen trafen, um das Wasser auf ihre Mühle zu lenken.

Die Demonstration selbst verlief dann allerdings nicht ganz nach Programm der «Revolutionäre»: Ein Zürcher PdA-Kantonsrat wurde schon vor Beginn verhaftet. Hersteller und Besitzer von «Molotow-Cocktails» wurden von der Polizei in Gewahrsam genommen, bevor sie ihre Absichten in die Tat umzusetzen vermochten. Absperrschränken und geschickt operierende Beamte in Zivil, sodann der Einsatz von Wasser und Tränengas in kritischen Momenten taten das ihrige, um eigentliche Zusammenstösse und Ausschreitungen zu vermeiden. Nach dem Reinfall der Agitatoren in Luzern kommt nun also ein neuer Fehlschlag in Bern, so dass eine leise Hoffnung besteht, den Extremisten gehe allmählich der Schnauf aus.

Das ändert indessen nichts daran, dass die Unrast weiterhin schwelt. Die Tatsache, dass die Hüter der öffentlichen Ordnung sich bereits gründlich auf die Methoden der «Ausserparlamentarischen Opposition» eingestellt haben und die Lage damit einigermassen beherrschen, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass unter der Jugend ein weitverbreitetes Malaise herrscht, das es weiter zu ergründen gilt. Konstruktive Reformen dürften im übrigen die beste Antwort auf die masslosen An-

griffe kleiner, aber lautstarker Minderheiten darstellen.

Offene Fragen um die Zürcher Herztransplantation

Die erste Herzübertragung auf Schweizer Boden – es war die 126. insgesamt –, die vom Ärzteteam Prof. Senning am Zürcher Kantonsspital in aller Stille vorbereitet worden war, hat nicht nur Überraschung, sondern auch grosse Diskussionen ausgelöst. Daran ist Prof. Senning zu einem Teil selber schuld. Er liess einen schwedischen Journalisten nicht nur der Operation bewohnen, sondern nannte ihm auch die Namen des Patienten und Herzspenders. Damit gerieten diese in die Schlagzeilen der Presse. – Die Ärzteschaft und eine weitere Öffentlichkeit reagierten sehr unwirsch. Der schwedische Journalist seinerseits stellte sich auf den Standpunkt, bei einem solchen Ereignis liege die Mitteilung von Namen «im öffentlichen Interesse». Die Meinungen mögen hier auseinandergehen. Die Frage ist es aber auf alle Fälle wert, einmal in den zuständigen Fachgremien (Presse und Ärzteschaft) grundsätzlich erörtert zu werden.

Viel zu reden gab auch die Tatsache, dass die Herzentnahme beim Spender ohne Rücksprache mit dessen Familie erfolgt war. Zwar konnte sich der Zürcher Gesundheitsdirektor auf eine formaljuristisch einwandfreie Basis berufen: Das geltende Spitalreglement gibt der Ärzteschaft das Recht, jeden im Zürcher Kantonsspital Verstorbenen zu sezieren. Doch kann kein Zweifel darüber bestehen, dass der Gesetzgeber dabei nicht an Transplantationen dachte: Das Reglement stammt nämlich aus dem Jahr 1890. Auch hier drängt sich also eine gründliche Überprüfung auf, wenn sich nicht unnötige Unsicherheit ausbreiten soll.

Spectator

WIRTSCHAFTSCHRONIK

Budgettag in England

Der Tag, an dem der Schatzkanzler vor dem Unterhaus das Budget für das neue Finanzjahr bekannt gibt, ist in England immer ein wirtschaftspolitisches *Grossereignis*. Seine Wirkung ist lange vor dem eigentlichen Budgettag spürbar, denn die verschiedensten Wirtschaftskreise beteiligen sich am Rätselraten um die neue Politik, versuchen ihre Schwerpunkte zum voraus herauszufinden, um sie möglicherweise vor ihrem Inkrafttreten zu eskomptieren. Das war auch in diesem Jahre der Fall. Der 16. April wurde deshalb in Grossbritannien mit besonderer Spannung erwartet.

Nun, das «zweite Abwertungsbudget» Englands brachte *keine Sensationen*. Es bewegte sich in durchaus konventionellen Bahnen und entsprach ungefähr den Erwartungen. Zwar hatten die schlechten britischen Aussenhandelsergebnisse für das erste Quartal 1969 das Fieber unmittelbar vor der Budgetbekanntgabe durch Schatzkanzler Jenkins nochmals kurzfristig ansteigen lassen; das Budget selbst hat es aber nicht mehr zu beeinflussen vermocht.

Das britische Budget 1969/70 hat nochmals eine allerdings moderierte Verschärfung des *Restriktionskurses* der Labourregierung gebracht. Eine Reihe von Steuererhöhungen (Gesellschaftssteuern, Selective Employment Tax und einige Warenumsatzsteuern) sollen dem Staat Mehreinnahmen von 340 Mio. Pfund verschaffen, beziehungsweise die Kaufkraft der britischen Bevölkerung um den gleichen Betrag reduzieren. Die britische Regierung will damit den binnenwirtschaftlichen Konsum drosseln, um mehr wirtschaftliche Kräfte für den Export frei zu machen und um den Importsog mit dem Ziel der Erreichung des Zahlungsbilanzausgleichs zu verringern.

Grossbritannien hat eine solche Politik dringend notwendig, denn es ist von seinem Ziel, dem Zahlungsbilanzausgleich, beziehungsweise der Zahlungsbilanzüberschüsse, noch sehr weit entfernt. Die externe Ver-

schuldung des Landes, die durch das enerzierend hartnäckige Zahlungsbilanzdefizit in der Vergangenheit ständig gestiegen ist, kann nur mit Hilfe von Zahlungsbilanzüberschüssen zurückbezahlt werden. Es ist aber heute schon abzusehen, dass Grossbritannien dieses Rennen mit der Zeit kaum gewinnen wird und dass es deshalb um *Konsolidierungsverhandlungen* mit seinen wichtigsten Gläubigern wird ersuchen müssen. Die Kontakte zum Internationalen Währungsfonds sind unter diesem Titel offenbar bereits aufgenommen worden.

Es muss für die Labourregierung besonders enttäuschend sein, dass es ihr in den vergangenen Jahren nicht gelungen ist, die *Gewerkschaften* auf die Einhaltung einer gewissen Lohndisziplin zu verpflichten. Die unablässig sich jagenden wilden Streiks und die Lohnerhöhungen, die weit über dem Richtmass der von der Regierung ausgegebenen Einkommenspolitik liegen, haben zu einem nicht geringen Masse die Vorteile, die sich England mit der Abwertung des Pfundes eingehandelt hatte, zunichte gemacht. Es kann deshalb nicht erstaunen, dass der Schatzkanzler in seiner Budgetrede auch Massnahmen zur *Streikbekämpfung* ankündigte. Sie sind zweifellos höchst notwendig, beschwören in England aber die Gefahr neuer Sozialkonflikte herauf.

Amerikas handelspolitische Diskussionsbereitschaft mit Europa

Trotz des Erfolges der Kennedy-Runde bestehen zwischen der Alten und der Neuen Welt weiterhin ungelöste *handelspolitische Fragen*. Botschafter Roth, der höchst angesehene ehemalige Sonderbotschafter für Fragen der Aussenhandelspolitik bei der Regierung Johnson und der erfolgreiche Vertreter der USA bei der Kennedy-Runde, bezeichnete kurz vor seinem Rücktritt die Beseitigung der *nichttarifarischen Handelshemmnisse* als die wichtigste Zukunftsauf-

gabe der internationalen Handelspolitik. Er wollte die USA auf diesem Gebiete initiativ sehen. Präsident Nixon hat übrigens entschieden, den Posten eines seinem Büro direkt unterstellten Sonderbeauftragten für aussenhandelspolitische Fragen beizubehalten; offenbar ist in den USA das Seilziehen um die Besetzung dieses wichtigen Postens bereits ausgebrochen.

Die Europareise von Handelsminister Stans hatte den Zweck, diesen Problemkomplex politisch wieder zu reaktivieren. Er hatte in Europa besonders die amerikanischen Anliegen vorgetragen, die auf einen verstärkten Schutz der amerikanischen Textilindustrie, auf eine Beseitigung der Diskriminierung der amerikanischen Exportwirtschaft, die durch die Einführung des Umsatzsteuerausgleichs in der EWG entstehen könnte, sowie auf eine skeptische Haltung gegenüber dem Agrarprotektionismus der EWG hinauslaufen. In seinen öffentlichen Reden ging Stans allerdings weit über diesen Rahmen hinaus und bekannte sich ganz allgemein zur Beseitigung der nichttarifarischen Handelshemmnisse, die die Ergebnisse der Kennedy-Runde teilweise wieder aufheben und die der Freiheit des Aussenhandels, des Reiseverkehrs, der Auslandsinvestitionen und des Austausches von Technologie entgegenstehen. Er erinnerte sodann an die Versprechungen Nixons, nach Kräften für die Verwirklichung eines freien Handels zwischen den Nationen einzustehen.

Prompt sind auf diese Erkundungsreise hin Gerüchte um eine bevorstehende Nixon-Runde im GATT aufgetaucht. Stans bezeichnete solche Erwartungen indessen als verfrüht. Die Zeit zu einem weiteren «grossen zollpolitischen Wurf» sei zweifellos noch nicht reif.

Von Bedeutung in der Berichtsperiode war sodann die *Lockierung des amerikanischen Zahlungsbilanzprogramms*, das die Administration Nixon zu Beginn des Monats April zur Überraschung mancher Beobachter der wirtschaftspolitischen Szenerie in den USA verfügte. Die Sätze für die sogenannte Zinsausgleichssteuer wurden reduziert; ausserdem sind die Zwangsdirek-

tiven gelockert worden. Damit ist der Kapitalabfluss aus den Vereinigten Staaten wieder etwas erleichtert worden. Ziel dieser Massnahme ist eine Unterstützung der internen Konjunkturpolitik, die darauf angelegt ist, die starken inflationären Impulse des vergangenen Jahres zu bremsen. Sie müssen deshalb als eine Parallelmaßnahme zu der restriktiven Fiskal- und Geldpolitik der USA betrachtet werden.

Steigende Zinssätze

In diesem Zusammenhange ist auf ein Phänomen hinzuweisen, das immer mehr die Aufmerksamkeit der wirtschaftspolitisch interessierten Kreise auf sich gezogen hat, nämlich die vor allem auf die USA und Europa konzentrierte Tendenz zu *steigenden Zinssätzen*. Diese Entwicklung geht ebenfalls von den USA aus, die der Geldentwertung unter anderem mit einer Verknappung des Geld- und Kapitalmarktes begegnen, was sich natürlich unweigerlich in steigenden Zinssätzen niederschlagen muss. Die Vereinigten Staaten haben denn auch ihren Diskontsatz anfangs April auf 6% erhöht, das heisst auf ein Niveau, das seit 40 Jahren nicht mehr erreicht worden ist. Andere Notenbanken folgten diesem Beispiel. Die intensiver gewordene weltwirtschaftliche Verflechtung auf monetärem Gebiet durch das System der konvertiblen Währungen, zusammen mit der Entstehung des Eurodollarmarktes, haben bewirkt, dass die einzelnen Länder nur noch in beschränktem Masse den Leitlinien einer autonomen Geldpolitik folgen können.

Neben dem konjunkturpolitischen Aspekt sind die Verknappungserscheinungen an den europäischen Geld- und Kapitalmärkten aber auch eine Folge der amerikanischen *Zahlungsbilanzpolitik*. Während sich Europa in der Vergangenheit weitgehend auf Kosten des amerikanischen Zahlungsbilanzdefizites «finanzieren» konnte, das gleiche Europa aber immer sehr rasch bereit war, den Amerikanern zur Stärkung des Dollars bessere monetäre

Disziplin zu predigen, beginnt sich nun das Blatt etwas zu wenden. Die steigenden Zinssätze in Europa können, von diesem Blickwinkel aus beurteilt, als Preis für die vorangegangene «Liquiditätshilfe» der USA an Europa betrachtet werden, beziehungsweise als Preis für die Rückkehr zu stabileren Währungsverhältnissen, mindestens soweit der Dollar in Frage steht.

Die Entwicklung zu höheren Zinssätzen hat auch die Schweiz erreicht und auf der politischen Bühne unseres Landes bereits Reaktionen ausgelöst. Indessen ist darauf hinzuweisen, dass unser Land trotzdem nach wie vor eine Zinsinsel darstellt. Es entspricht dem «Gesetz» einer objektiven Betrachtungsweise, dieses Faktum anzuerkennen und auch zur Kenntnis zu nehmen, dass die höheren Zinssätze einen *Anpassungsprozess* zum Ausdruck bringen, der im Interesse der amerikanischen Inflationsbekämpfung und damit der Stabilität der Weltwährungsordnung unerlässlich geworden ist.

Zweifel in Bonn

Die internationale Währungslage selbst ist noch keineswegs zur Ruhe gekommen. In der *Bundesrepublik* steigen die Zweifel am Erfolg der sogenannten «Quasi-Aufwertung» vom November 1968, das heisst der Erhöhung der Exportsteuern beziehungsweise der Begünstigung der Einfuhren. Die Diskussion über dieses Thema ist wieder in Gang gekommen, was insofern bemerkenswert ist, als sie sehr nahe beim Thema der D-Mark-Aufwertung liegt. Auslösendes Ereignis war ein Bericht der Bundesregierung an das Parlament über die

steuerlichen Möglichkeiten der aussenwirtschaftlichen Absicherung, der selbst zur «Quasi-Aufwertung» eher kritische Be trachtungen enthält.

Bundesrat Schaffner in Paris

Von einer mehr grundsätzlichen Warte aus behandelte Bundesrat Schaffner anlässlich der neunten *Ministerratstagung* der OECD in Paris verschiedene wirtschaftspolitische Fragen von internationaler Ausstrahlungskraft. Bundesrat Schaffner wies dabei vor allem auf das Interesse der Schweiz an einer weiteren *Liberalisierung des internationalen Handels* hin. Er traf sich dabei in seiner globalen Beurteilung der hängigen Probleme weitgehend mit seinem «amerikanischen Kollegen», indem er ebenfalls für einen Abbau der nichttarifarischen Handelshemmnisse plädierte und in diesem Kontext insbesondere auf die Notwendigkeit des Abbaus des sogenannten «American Selling Price»-Systems verwies, das sich in der amerikanischen Zollpraxis bekanntlich als ein höchst liquidierungsbedürftiger Anachronismus eingenistet hat. Für Europa ist die Haltung der USA gegenüber dem American-Selling-Price-System geradezu zu einem Prüfstein für ihren Willen geworden, auf dem Gebiete des internationalen Handels zu weiteren Fortschritten zu kommen. Die europäischen Partner der USA verlangen, bevor eigentliche Verhandlungen über den weiteren Abbau nichttarifarischer Handelshemmnisse aufgenommen werden, auf diesem Gebiete eine Vorleistung der Vereinigten Staaten.

Oeconomicus